Europa Varianten - Schlussbericht



Zusammenarbeit Schweiz - EU auf neuen Achsen institutionalisieren

EWR in der Ausgangslage mehrheitsfähig - Polarisierung zu erwarten

©GFS.BERN | NOVEMBER 2022

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Annick Doriot: Junior Projektleiterin

Aaron Venetz: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Sophie Schäfer: Praktikantin Data Science und Politikanalyse

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Roland Rey: Mitarbeiter Administration

Bern, 23.11.2022

Publikation: Dezember 2022

Inhaltsverzeichnis

1 ANGABEN ZUM PROJEKT 4
1.1 Mandat und Fragestellung 4
1.2 Methodisches 4
2 BEFUNDE 6
2.1 Ausgangslage 6
2.2 Beziehung zwischen der EU und der Schweiz 9
2.3 Teilnahme- und Stimmabsichten 15
2.4 Entscheidungsexperiment zur Beziehungsgestaltung mit der EU 24
2.5 Argumente 28
3 SYNTHESE 34
3.1 gfs.bern-Team 36

1 Angaben zum Projekt

1.1 Mandat und Fragestellung

Die Europäische Bewegung Schweiz hat gfs.bern angefragt, eine Präferenzstudie bei Stimmberechtigten zur Strategieentwicklung in der Europapolitik durchzuführen. Ausgehend von der Prämisse einer institutionellen Anbindung an die EU sollen Kombinationen mit hohem Akzeptanz-Potenzial gesucht werden. Der Beitrag der Studie muss als Bottom-Up-Input von der Bevölkerung verstanden werden. Er dient der Europäischen Bewegung und potenziellen politischen Verbündeten zur Positionierung in Weiterverhandlungen mit der EU sowie bei Vorstössen im Parlament oder bei Initiativen.

Folgende Fragstellungen sollen in einer ersten Phase beantwortet werden:

- Was sind die Grundhaltungen, Bedürfnisse und Präferenzen im Verhältnis der Schweiz und Europa? Wie wird der aktuelle Stand beurteilt, und wie drängend wird eine Veränderung gewünscht?
- Welche Präferenzen ergeben sich in einer möglichen institutionellen Weiterentwicklung?

In der Verdichtung der verschiedenen Achsen wird eine Kombination aus möglichen Verhandlungsresultaten mit institutioneller Anbindung gesucht, die auf eine hohe Akzeptanz stossen könnte. Umgekehrt werden Elemente erkennbar, die besonders viel Skepsis in der Bevölkerung hervorrufen.

1.2 Methodisches

Die Ergebnisse der Befragung zur Studie "Varianten Europa" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'010 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 6. und 17. Oktober 2022 mittels Onlinebefragung über das Polittrends-Panel durchgeführt.

Über die technischen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Die Europäische Bewegung Schweiz
Grundgesamtheit	Schweizer Stimmberechtigte, die eine der drei Hauptsprachen sprechen
Datenerhebung	Onlinebefragung mit dem Polittrends-Panel
Art der Stichprobenziehung	Selbstselektion der Teilnehmenden
Befragungszeitraum	von 6. bis 17. Oktober 2022
Stichprobengrösse	Total Befragte CH N = 1'010 - DCH: 709, - FCH: 240, - ICH: 61
Stichprobenfehler	±3.1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

©gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022

Bei einer Stichprobe entscheiden zwei Faktoren über die Qualität der später gewonnenen Aussagen massgeblich mit: Die Irrtumswahrscheinlichkeit einerseits sowie der Stichprobenfehler (Irrtumsgrösse) einer getroffenen statistischen Aussage andererseits. In Bezug auf den ersten Punkt setzt man bei der Umfrageforschung zumeist auf ein Sicherheitsmass von 95 Prozent. Das heisst, man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der wahre Wert einer Variablen in der Gesamtbevölkerung nicht innerhalb des Bereiches des ausgewiesenen Wertes der Stichprobe ± seines Stichprobenfehlers liegt. Andererseits unterliegen statistische Aussagen eben diesem Stichprobenfehler, welcher von der Grösse der Stichprobe und der Basisverteilung der Variablen in der Bevölkerung abhängt, wobei der Fehler kleiner wird, je grösser die Stichprobe ist.

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

Gerade bei Untergruppenanalysen weist die untersuchte Gruppe schnell weniger als 50 Befragte aus, was bei einem Stichprobenfehler von ±14 Prozentpunkten eine adäquate Interpretation nahezu verunmöglicht. Deshalb nehmen wir keine Subgruppenanalysen unter 50 Fällen vor.

Das andere Element einer qualitativ hochstehenden Analyse ist die Gewährleistung von Repräsentativität. Repräsentativität bedeutet nichts anderes, als dass jede Einheit aus der Grundgesamtheit genau die gleiche Chance haben muss, an der Befragung teilnehmen zu können. Werden bei der Stichprobenziehung systematisch Gruppen ausgeschlossen, ist eine Befragung nicht repräsentativ.

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrungen wurde entlang der Sprachregionen, nach Alter/Geschlecht und Bildung gewichtet. Eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten und dem Stimmentscheid beim Freihandelsabkommen mit Indonesien.

2 Befunde

2.1 Ausgangslage

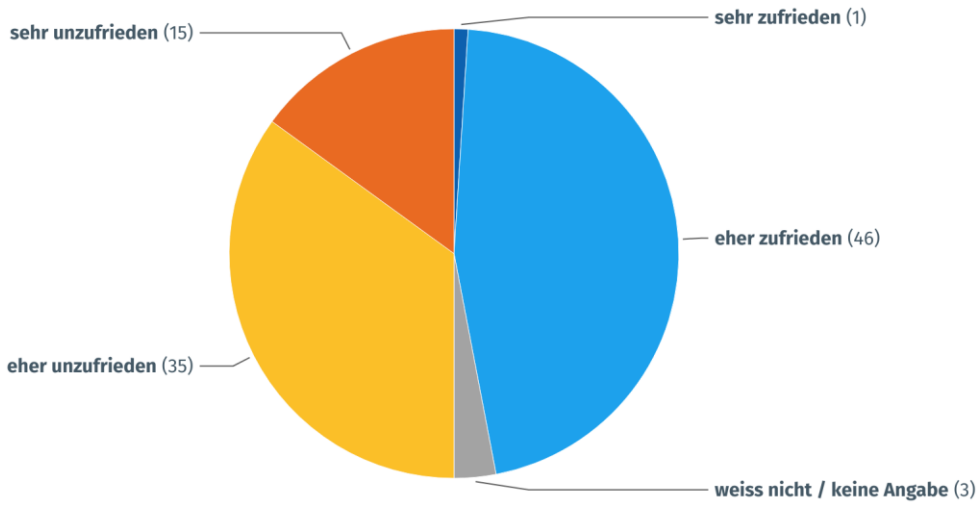
Die Hälfte der befragten Stimmberechtigten ist in der Tendenz unzufrieden mit der Schweizer Aussenpolitik, während 47 Prozent eher bis sehr zufrieden sind.

Grafik 1

Zufriedenheit Schweizer Aussenpolitik

Wie zufrieden sind Sie mit der aktuellen Aussenpolitik der Schweiz?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

Bei der Schwerpunktsetzung in der Schweizerischen Aussenpolitik befinden sich stabile Beziehungen zur EU (89% eher/sehr wichtig), Mitbestimmung der Schweiz in internationalen Gremien (80%) und ein möglichst eigenständiges und neutrales Handeln der Schweiz (74%) in den Top drei der am meisten unterstützten Schwerpunkte:

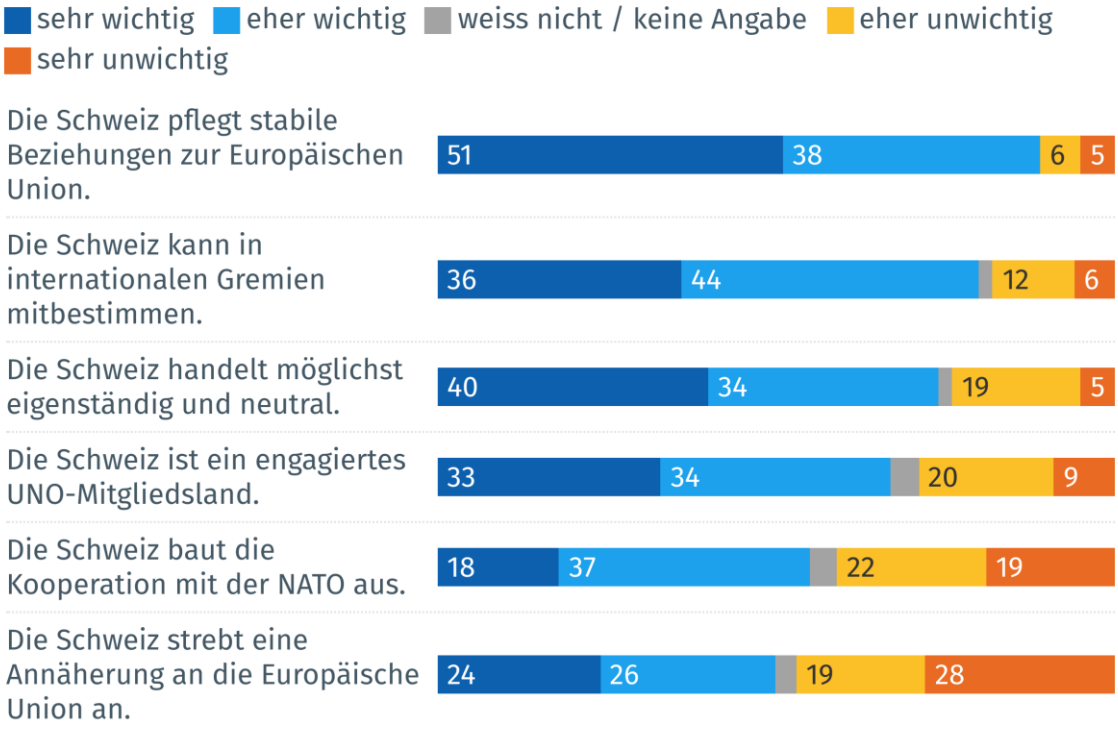
Grafik 2

Wichtigkeit Schwerpunkte Schweizer Aussenpolitik

Wie wichtig sind Ihnen persönlich folgende Schwerpunkte der Schweizerischen Aussenpolitik?

in % Stimmberechtigte

Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

Fast alle Schwerpunkte werden von einer absoluten Mehrheit der Stimmberechtigten als eher bis sehr wichtig beurteilt. Einzig bei der Annäherung an die EU ist es eine relative Mehrheit von 50 Prozent.

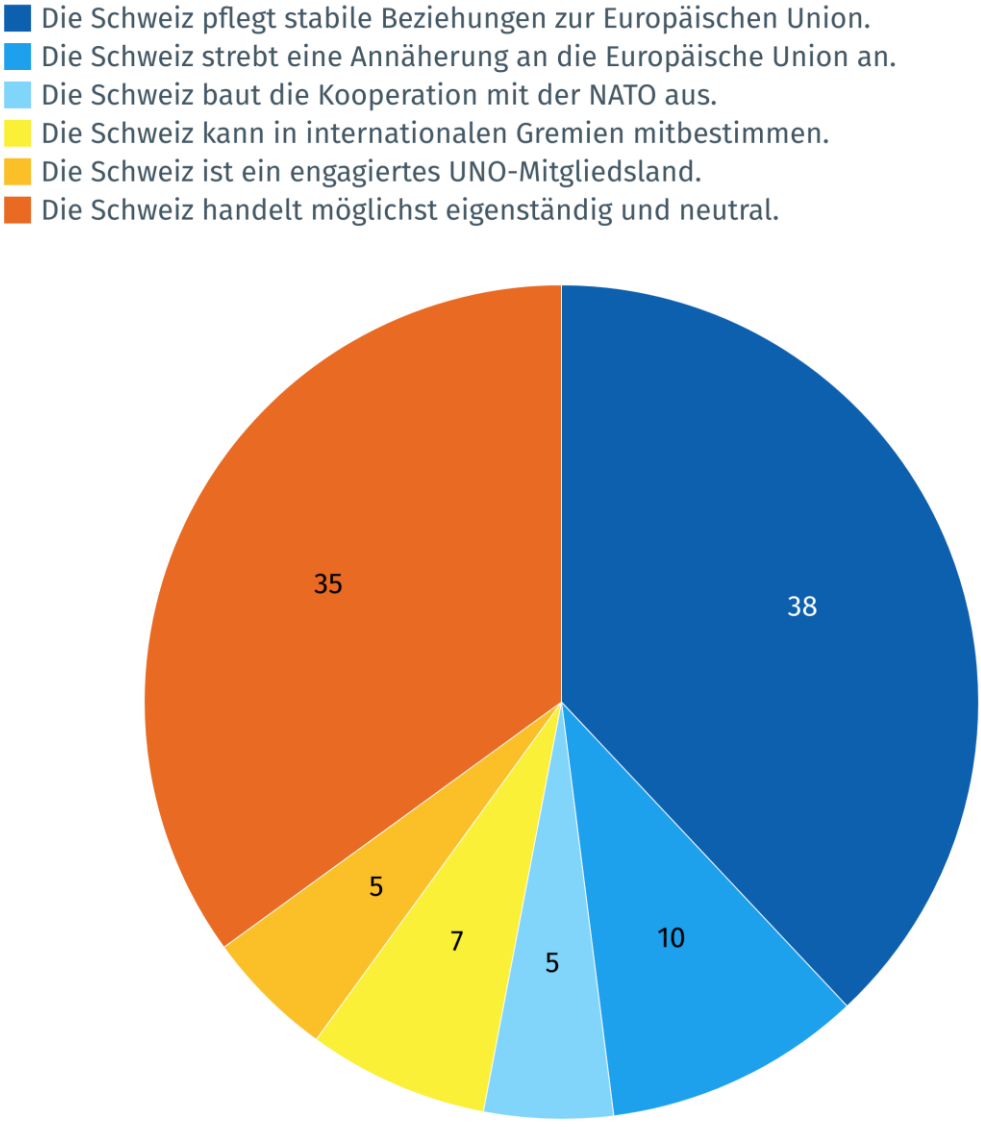
Bezüglich dem aussenpolitischen Schwerpunkt mit der höchsten Dringlichkeit ist die Stimmbürgerschaft fast polarisiert: 38 Prozent wünschen sich stabile Beziehungen zur EU, während 35 Prozent eine möglichst neutrale und eigenständige Schweiz wollen:

Grafik 3

Schwerpunkt mit höchster Dringlichkeit

Sie sehen nun alle Schwerpunkte, welche Ihnen mindestens eher wichtig sind. Welchem Schwerpunkt geben Sie die höchste Dringlichkeit?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=999)

Im Mittelfeld findet sich die Annäherung an die EU (10%), gefolgt von der Mitbestimmung in internationalen Gremien (7%). Am wenigsten dringlich sind und somit die Schlusslichter bilden die Schwerpunkte "Schweiz als engagiertes UNO-Mitglied" und "Schweiz baut NATO-Kooperation aus" mit jeweils 5 Prozent.

2.2 Beziehung zwischen der EU und der Schweiz

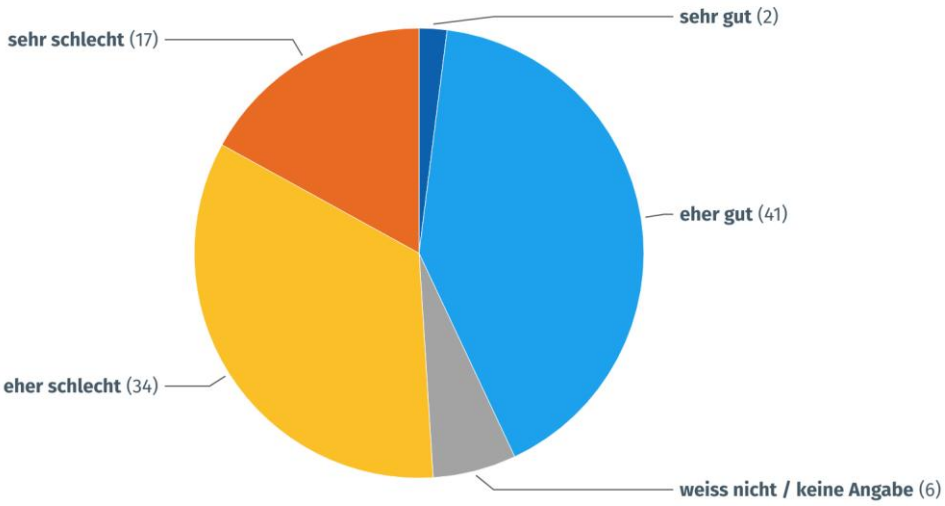
Grundlegend kann zuerst festgehalten werden, dass eine knappe Mehrheit von 51 Prozent die Leistung der EU als eher bis sehr schlecht beurteilt:

Grafik 4

Allgemeine Leistungsbeurteilung der EU

Wie beurteilen Sie die Leistung der Europäischen Union im Allgemeinen?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

Lediglich 2 Prozent der befragten Stimmbürger:innen beurteilen die EU-Leistung als sehr gut, während 41 Prozent die Leistung als eher gut wahrnehmen.

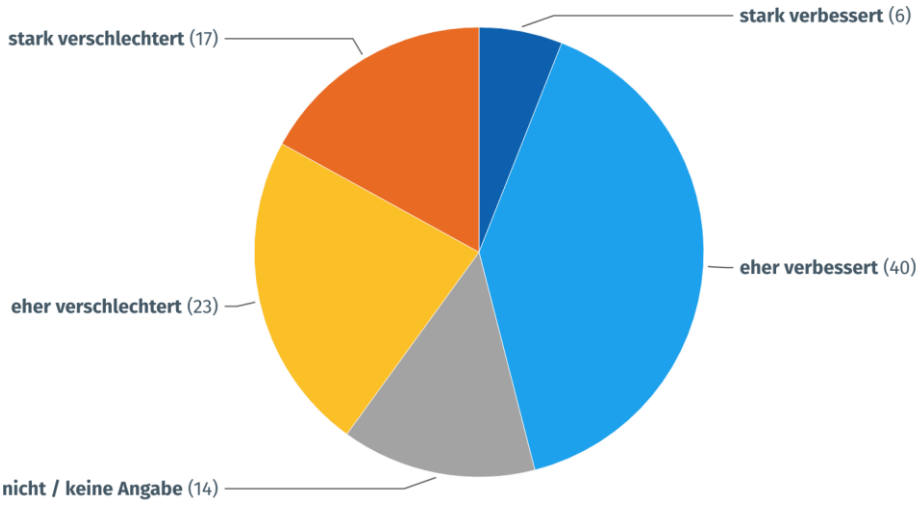
Durch den Ukrainekrieg hat sich das Ansehen der EU für eine relative Mehrheit der Stimmbürger:innen jedoch eher bis stark verbessert (46%):

Grafik 5

Kriegsbedingte Veränderung des EU-Ansehens

Wie hat sich Ihr Bild der Europäischen Union durch den Krieg in der Ukraine verändert? Es hat sich ...

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

40 Prozent geben an, dass sich ihr Bild der EU eher bis stark verschlechtert hat aufgrund des Ukrainekrieges. 14 Prozent können oder wollen hierzu keine Angabe machen.

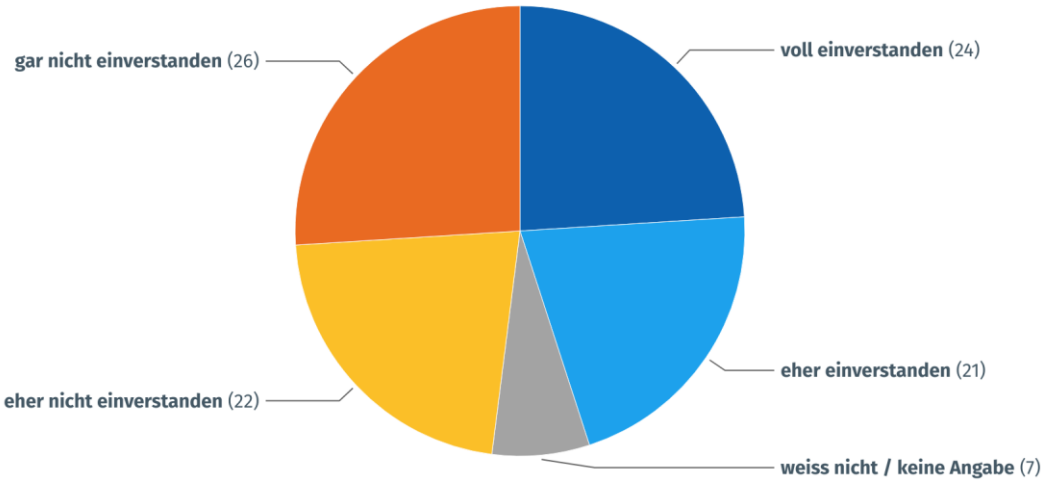
Die Frage, ob der Verhandlungsabbruch über das Rahmenabkommen auf Verständnis stösst, polarisiert die Stimmbürgerschaft etwas: Eine relative Mehrheit von 48 Prozent ist damit nicht einverstanden, während 45 Prozent den Abbruch begrüssen:

Grafik 6

Einverständnis mit Verhandlungsabbruch beim Rahmenabkommen

Nach jahrelangen Gesprächen hat der Bundesrat die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen 2021 abgebrochen. Sind Sie aus aktueller Sicht mit diesem Abbruch der Verhandlungen ...

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

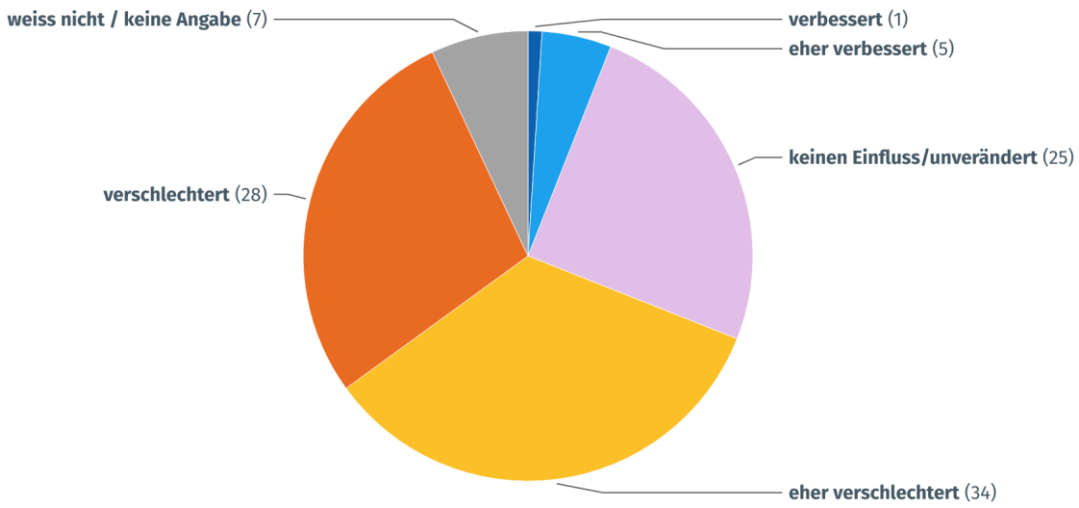
Was eindeutiger ausfällt ist die Beurteilung der Konsequenzen: Eine absolute Mehrheit findet, dass sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU seit dem Abbruch in der Tendenz verschlechtert haben (62%).

Grafik 7

Beziehung Schweiz-EU seit Verhandlungsabbruch

Wie haben sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union seit dem Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen 2021 entwickelt? Sie haben sich ...

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

Jede:r Vierte gibt an, dass sich die Beziehung seit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen nicht verändert hat. Lediglich 6 Prozent sind der Ansicht, dass der Abbruch zu einer verbesserten Beziehung geführt hat.

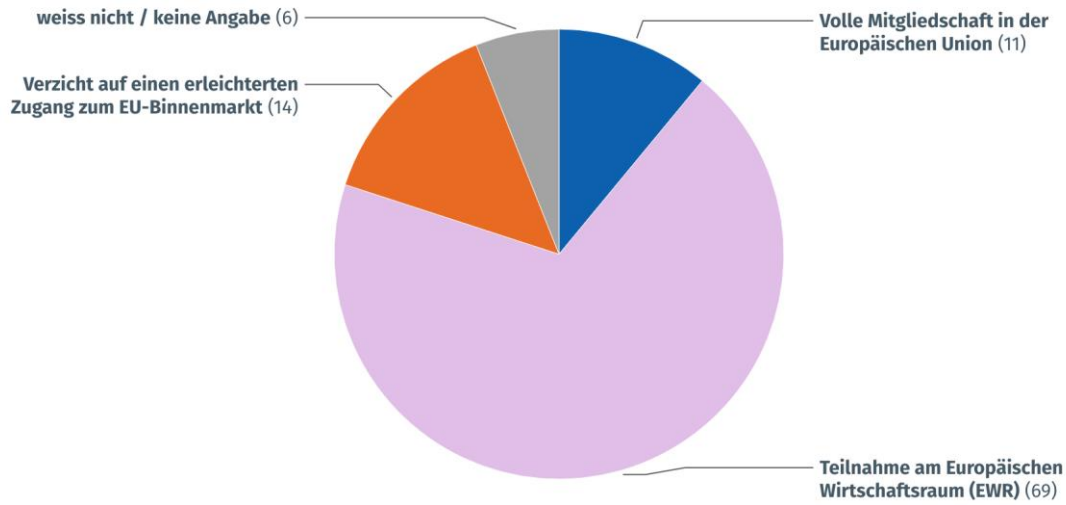
Bei den Präferenzen zu den vorgestellten Kooperationsmöglichkeiten zeigt sich ein klares Bild, da 69 Prozent der Stimmbürger:innen am Europäischen Wirtschaftsraum teilnehmen möchten. 14 Prozent würden auf einen erleichterten Zugang zum EU-Binnenmarkt verzichten, während eine EU-Mitgliedschaft 11 Prozent zu überzeugen vermag.

Grafik 8

Bevorzugte Kooperationsform

Welcher Option würden Sie persönlich den Vorzug geben?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

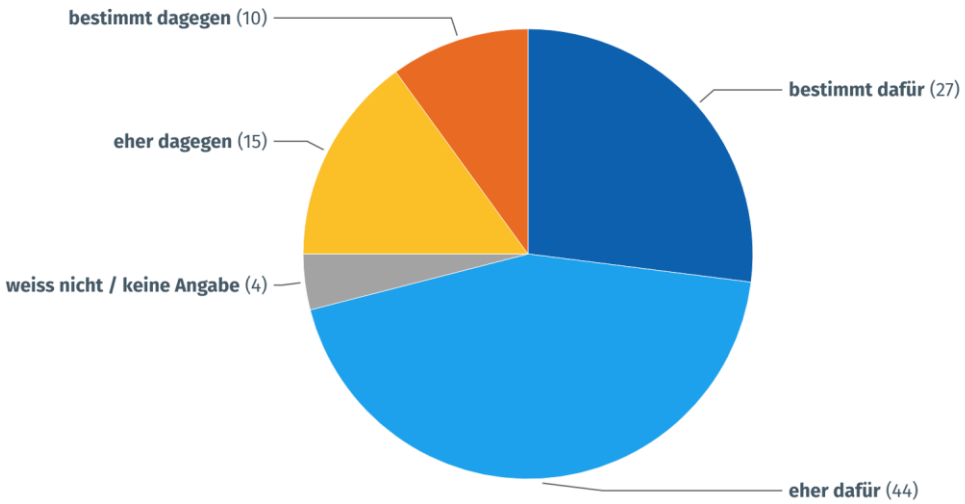
In den nächsten fünf bis fünfzehn Jahren könnten sich 71 Prozent einen EWR-Beitritt der Schweiz vorstellen:

Grafik 9

Zukünftige Grundsatzhaltung EWR-Beitritt

Wie ist Ihre grundsätzliche Haltung zur Teilnahme der Schweiz am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

Etwas mehr als ein Viertel ist bereits sehr überzeugt vom EWR-Beitritt, während der harte Kern der Gegnerschaft 10 Prozent der Stimmberechtigten umfasst. Auch bei den weniger gefestigten Meinungen dominiert die Befürwortung die Ablehnung ebenfalls um den Faktor 3.

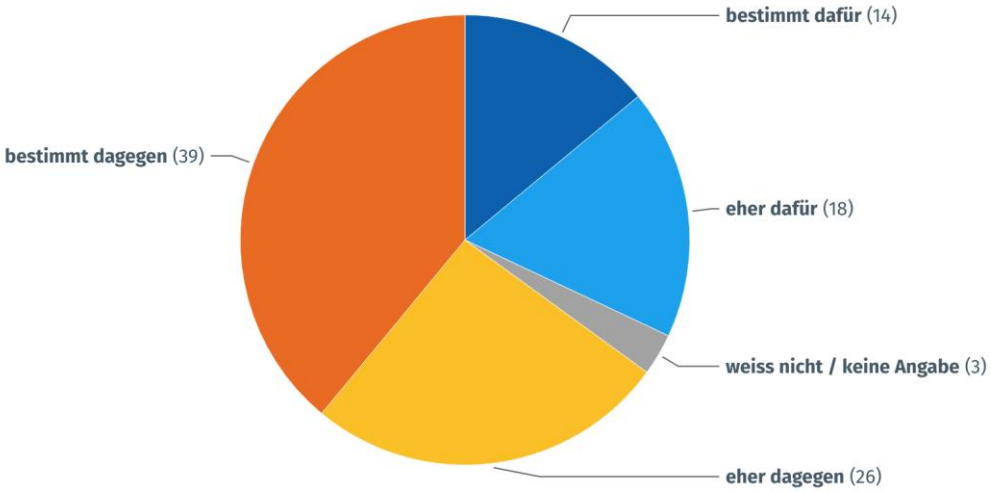
Die zukünftige Grundsatzhaltung zu einem EU-Beitritt fällt spürbar negativer aus, da 65 Prozent eher oder bestimmt dagegen sind:

Grafik 10

Zukünftige Grundsatzhaltung EU-Beitritt

Wie ist Ihre grundsätzliche Haltung zur Teilnahme der Schweiz in der Europäischen Union in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren?

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

Von der Gegnerschaft sind 39 Prozent bestimmt dagegen, während der harte Kern der Befürworter 14 Prozent ausmacht. Insgesamt ist rund ein Drittel der Befragten mehr oder weniger dezidiert für einen EU-Beitritt.

2.3 Teilnahme- und Stimmabsichten

Es lässt sich ein hohes Mobilisierungspotential erkennen, wenn man die Stimmbürger:innen nach ihrer Teilnahmeabsicht bei einer Abstimmung über die zukünftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU befragt.

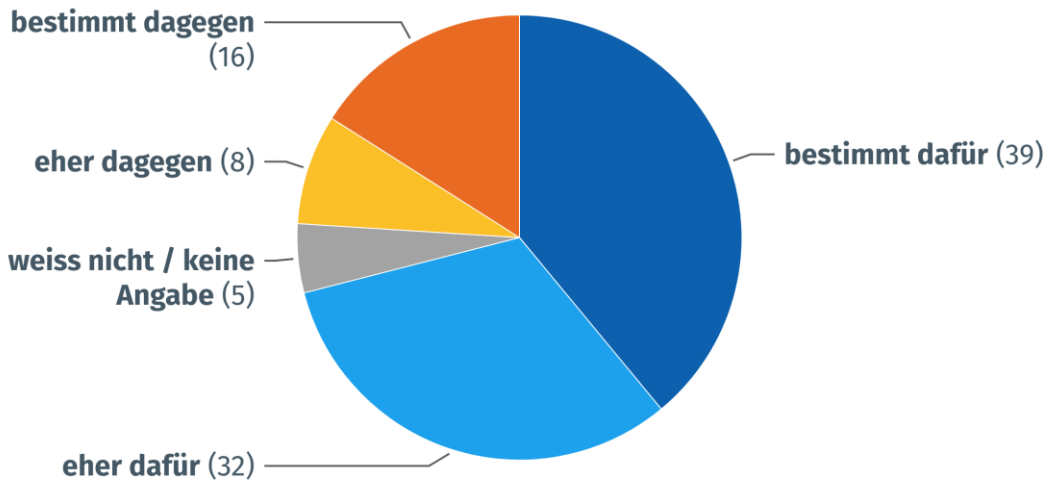
Von jenen Stimmbürger:innen, die bestimmt an der Abstimmung teilnehmen würden, spricht sich eine absolute Mehrheit für den EWR-Beitritt aus (71%):

Grafik 11

Stimmabsichten EWR-Beitritt

Wenn am nächsten Sonntag erneut über den **Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** abgestimmt wird, stimmen Sie voraussichtlich bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=936)

Rund jede:r Vierte spricht sich dagegen aus, wovon 16 Prozent überzeugt gegen einen EWR-Beitritt sind. 5 Prozent können oder wollen noch keine Prognosen zum Stimmentscheid machen. Wenn man diese Stimmberechtigten nach einer Tendenz fragt, dann würden 39 Prozent den EWR-Beitritt annehmen.

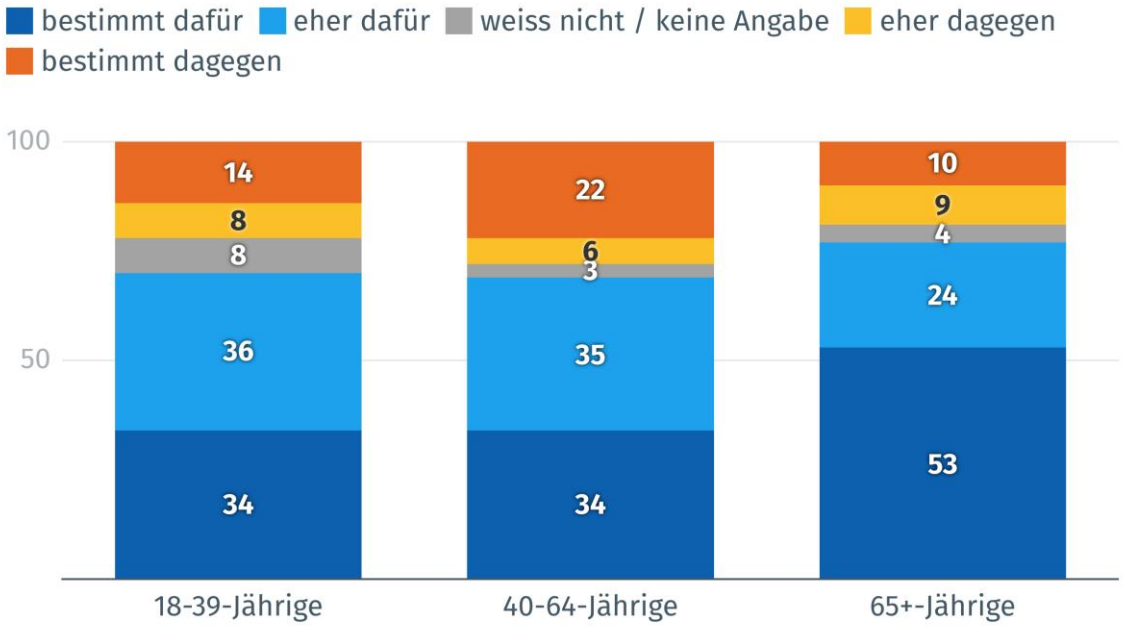
Beim EWR-Stimmentscheid nach verschiedenen Untergruppen zeigen sich überall, ausser beim Geschlecht, statistisch signifikante Unterschiede. Beim Alter wird erkennbar, dass die über 65-Jährigen sich am stärksten und auch am häufigsten für den EWR-Beitritt aussprechen:

Grafik 12

EWR-Stimmabsicht nach Alter

Wenn am nächsten Sonntag erneut über den **Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** abgestimmt wird, stimmen Sie voraussichtlich bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=936), sig., Cramér's V = 0.17

Die Befürwortung fällt bei den 18- bis 39-Jährigen sowie den 40- bis 64-Jährigen in etwa vergleichbar aus, aber die Ablehnung ist bei der Alterskohorte 40 bis 64 Jahre am stärksten (28% eher/bestimmt dagegen). Die Ablehnung ist bei der ältesten Altersgruppe mit 19 Prozent am geringsten.

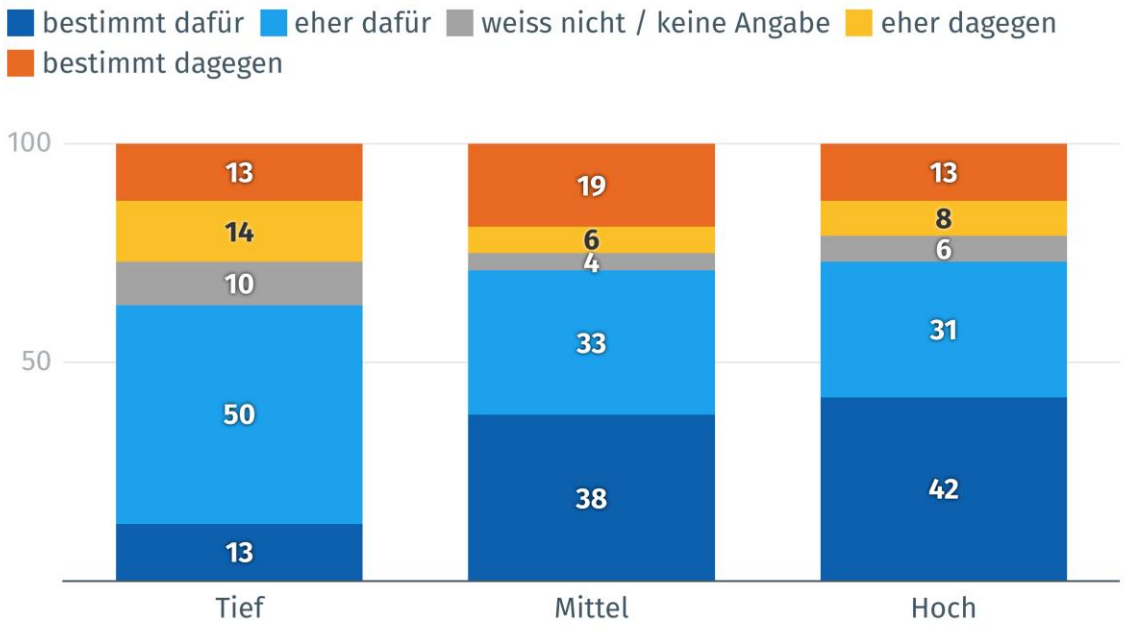
Bei der Bildung zeigt sich ein linearer Zusammenhang, da die Befürwortung mit steigendem Bildungsgrad zunimmt:

Grafik 13

EWR-Stimmabsicht nach Bildung

Wenn am nächsten Sonntag erneut über den **Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** abgestimmt wird, stimmen Sie voraussichtlich bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=936), sig., Cramér's V = 0.08

Über alle formalen Bildungsniveaus hinweg finden sich absolute Mehrheiten, welche einen EWR-Beitritt unterstützten (zwischen 63% und 73% eher/bestimmt dafür). Die Ablehnung nimmt ebenfalls ab mit steigendem Bildungsgrad: von 27 Prozent bei Stimmberechtigten mit tiefem formalen Bildungsniveau auf 21 Prozent bei Hochgebildeten.

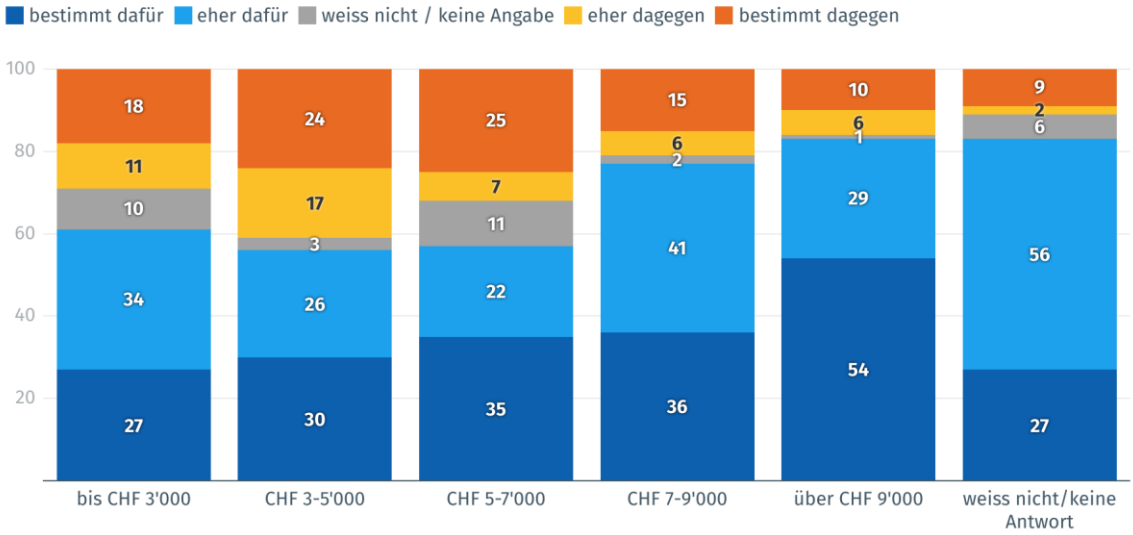
Dieser lineare Zusammenhang ist ebenfalls bei den Einkommensklassen ersichtlich, und auch hier sind überall absolute Mehrheiten für den EWR-Beitritt vorhanden:

Grafik 14

EWR-Stimmabsicht nach Einkommen

Wenn am nächsten Sonntag erneut über den **Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** abgestimmt wird, stimmen Sie voraussichtlich bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=936), sig., Cramér's V = 0.11

Mit zunehmendem Haushaltseinkommen steigt die Befürwortung von 61 Prozent (weniger als 3'000.- pro Monat) auf 83 Prozent (mehr als 9'000.- pro Monat).

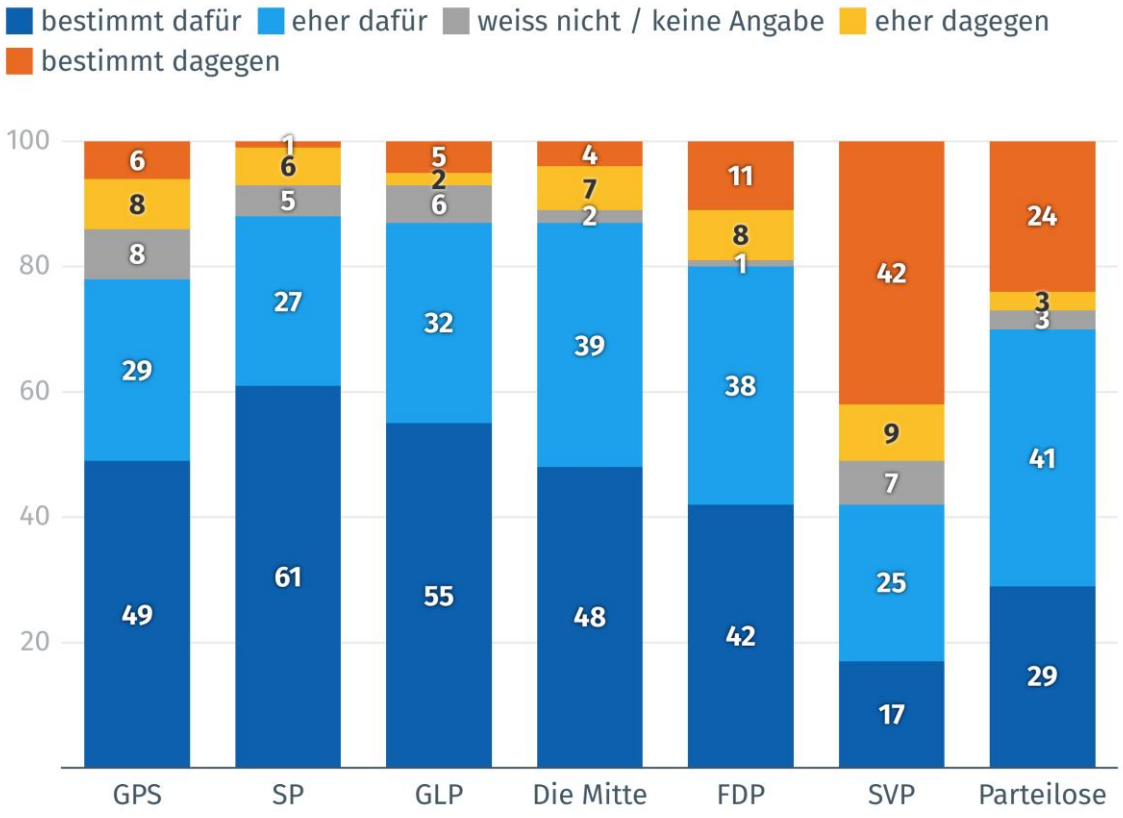
Bei Berücksichtigung der Parteisympathie zeigt sich ein klarer Graben zwischen der SVP und allen anderen Parteien sowie den Parteilosen:

Grafik 15

EWR-Stimmabsicht nach Parteisympathie

Wenn am nächsten Sonntag erneut über den **Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** abgestimmt wird, stimmen Sie voraussichtlich bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=806), sig., Cramér's V = 0.24

Am stärksten fällt die Befürwortung des EWR-Beitritts in den Lagern der SP (88% eher/bestimmt dafür), GLP (87%) und der Mitte (87%) aus. Etwas geringer hingegen bei den Grünen (78%), der FDP (80%) und den Parteilosen (70%). Einzig bei der SVP findet sich eine absolute Mehrheit, welche sich gegen den EWR-Beitritt ausspricht (51% eher/bestimmt dagegen).

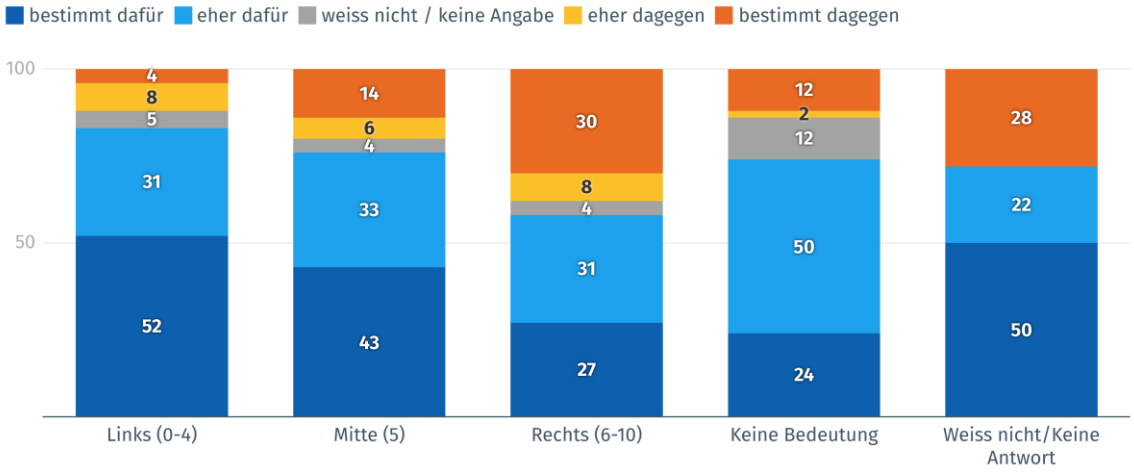
Bei der Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Dimension wird der Links-Rechts-Unterschied etwas stärker sichtbar als bei den Parteisympathien:

Grafik 16

EWR-Stimmabsicht nach Links-Rechts-Selbstpositionierung

Wenn am nächsten Sonntag erneut über den **Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** abgestimmt wird, stimmen Sie voraussichtlich bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=936), sig., Cramér's V = 0.16

Über alle Lager hinweg findet sich eine absolute Mehrheit in der Ausgangslage für den EWR-Beitritt, sogar bei jenen, welche sich mehr oder weniger stark rechts positionieren würden (58% eher/bestimmt dafür). Am stärksten fällt die Befürwortung im linken Lager aus (83%), gefolgt von Stimmberechtigten, welche sich in der politischen Mitte befinden (76%). Auch bei jenen, welche der Ansicht sind, dass die Links-Rechts-Dimension für sie persönlich keine Bedeutung hat, ist eine absolute Mehrheit für den EWR-Beitritt.

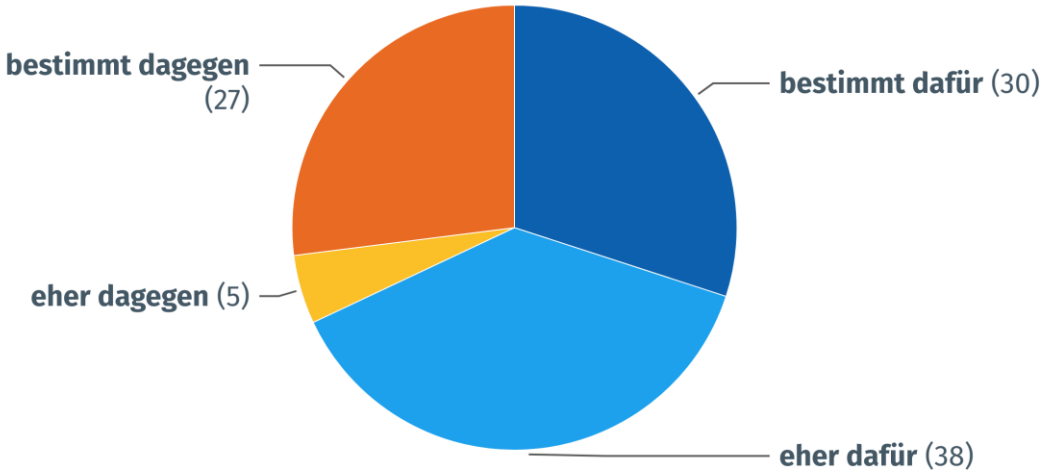
Die Stimmberechtigten wurden nach Präsentation der verschiedenen Argumente erneut nach ihren Stimmabsichten bezüglich einem EWR-Beitritt gefragt. Insgesamt verliert die Befürworterseite 3 Prozentpunkte (68% eher/bestimmt dafür), während die Gegner einen Zuwachs von 8 Prozent verzeichnen (32% eher/bestimmt dagegen):

Grafik 17

Stimmabsichten EWR-Beitritt nach Informationserhalt

Nachdem Sie nun einige Aussagen und Argumente gelesen haben, nochmals die Frage: Wenn am nächsten Sonntag über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgestimmt wird, stimmen Sie voraussichtlich bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=936)

Der Rückgang bei den Befürwortern findet sich bei "bestimmt dafür" (-9 Prozentpunkte), während der Anteil "eher dafür" um 6 Prozentpunkte zunimmt. Im gegnerischen Lager ist die Dynamik umgekehrt; der Anteil "eher dagegen" reduziert sich (-3 Prozentpunkte), während "bestimmt dagegen" um 11 Prozentpunkte zulegt. Hatten sich vorher 5 Prozent der Befragten enthalten, äusserten nach Informationserhalt nun alle Befragten eine Stimmabsicht.

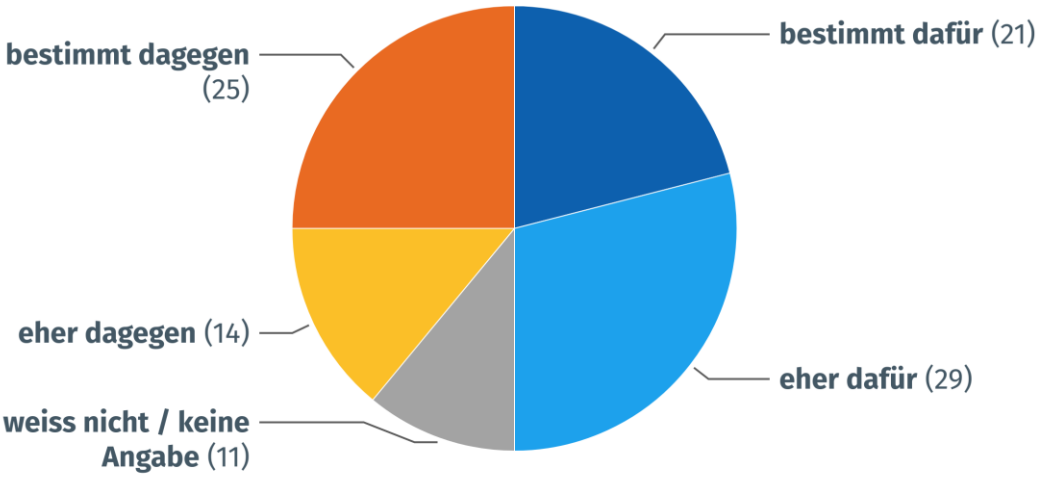
Bei einer Abstimmung zum Rahmenabkommen von 2019 würden sich aktuell 50 Prozent der Stimmberechtigten an der Urne dafür aussprechen:

Grafik 18

Stimmabsichten Rahmenabkommen

Und wenn am nächsten Sonntag über das **Rahmenabkommen**, das 2019 öffentlich gemacht wurde, abgestimmt wird, stimmen Sie voraussichtlich bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=936)

Dagegen votieren würden 39 Prozent der Stimmberechtigten, während 11 Prozent dazu keine Angabe machen wollen oder können.

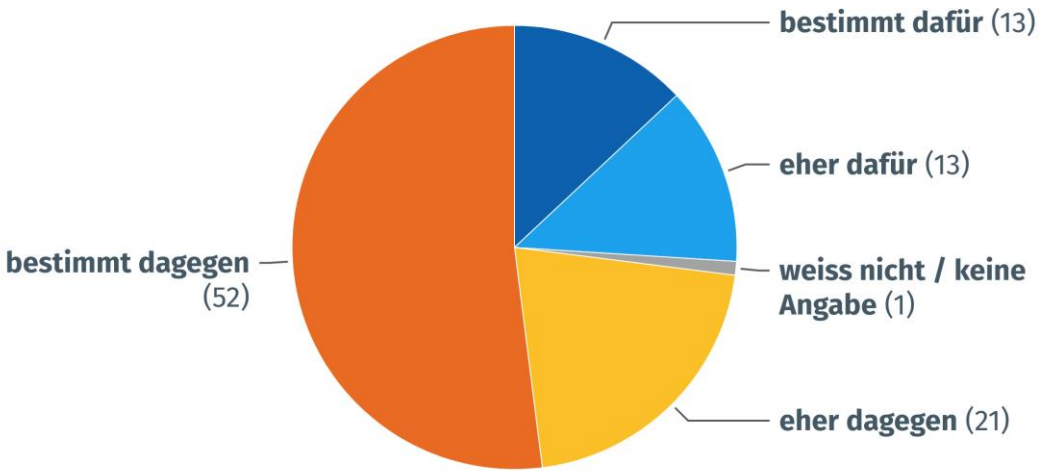
Eine Abstimmung zur Verhandlungsaufnahme bezüglich eines EU-Beitritts würde aktuell an der Urne eindeutig versenkt werden (73% eher/bestimmt dagegen):

Grafik 19

Stimmabsichten Aufnahme EU-Beitrittsverhandlungen

Wie würden Sie am nächsten Sonntag abstimmen, wenn über die **Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen** abgestimmt würde?

in % bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=936)

Von diesen 73 Prozent sind 52 Prozent "hart" dagegen. Nur gerade jede:r Vierte würde der Verhandlungsaufnahme zustimmen.

2.4 Entscheidungsexperiment zur Beziehungsgestaltung mit der EU

Beim abgefragten Entscheidungsexperiment lässt sich schweizweit eine spürbare Kooperationstendenz in den Bereichen AUSBILDUNG und ENERGIE feststellen. Eine entsprechende autonome Regelung finden 67 Prozent (Energie) respektive 85 Prozent (Ausbildung) die schlechteste der drei Optionen (interne Lösung, europäische sowie internationale Kooperation). Ein solch hoher Wert für die schlechteste Option findet sich nirgends sonst im gesamten Experiment. Sowohl im Energiebereich (60%) als auch bei der Ausbildung (74%) sieht man in der Kooperation mit der EU die beste Option für die Schweiz.

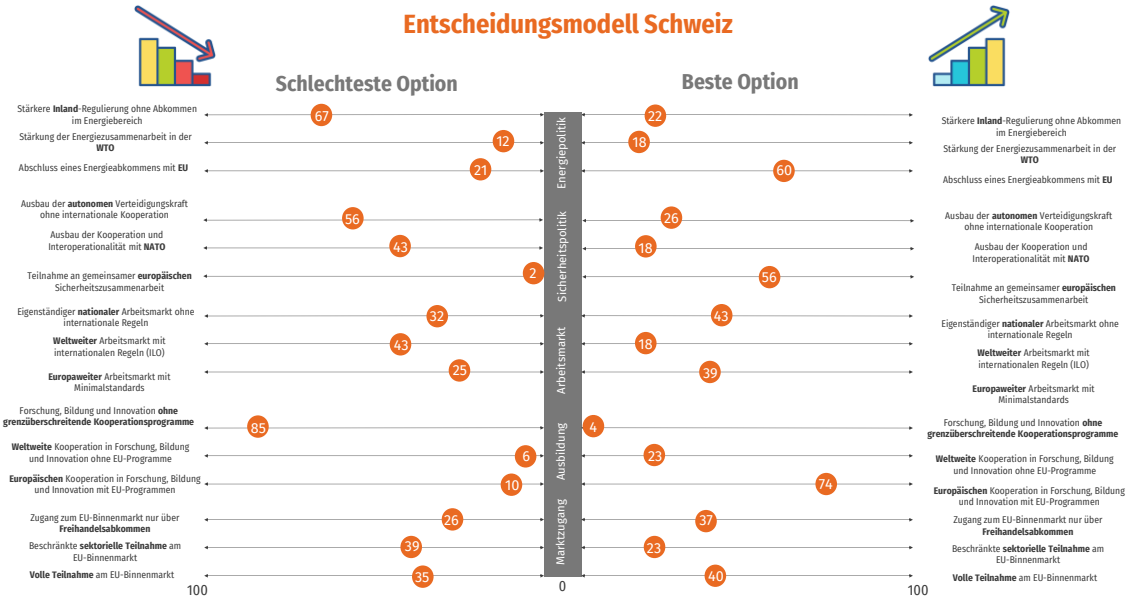
Bei der Sicherheitspolitik bevorzugt man die Teilnahme an der gemeinsamen europäischen SICHERHEITSZUSAMMENARBEIT gegenüber einer NATO-Kooperation (56% beste Option). Die autonome Verteidigungskraft wird von genau so vielen Stimmberechtigten als die schlechteste Option bewertet. Eine vermehrte Kooperation und erhöhte Interoperationalität mit der NATO hingegen wird am wenigsten häufig als beste Option beurteilt (18%).

Bezüglich der **ARBEITSMARKTREGULATION** ist die schlechteste Option jene der weltweiten Regelung (43%), während ein eigenständiger Arbeitsmarkt (43% beste Option) relativ knapp gegenüber einer EU-Regelung (39% beste Option) bevorzugt wird.

Im Bereich des **MARKTZUGANGES** wird die sektorielle Teilnahme am EU-Binnenmarkt als die schlechteste Möglichkeit bewertet (39% schlechteste Option), während die volle EU-Binnenmarkt-Teilnahme (40% beste Option) gegenüber den Freihandelsabkommen (37%) relativ knapp die Nase vorne hat.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass neben der weiterhin sehr gewünschten Bildung zwei aktuelle Themengebiete relevant sind für die Beurteilung der institutionellen Lösung mit der EU: deutlich die Energiepolitik und auch ein wenig die Sicherheitspolitik. Beim Freihandel und der Personenfreizügigkeit spaltet sich die Bevölkerung auch im Entscheidungsexperiment.

Grafik 20



In Tabelle drei sind die Anteile für "Beste Option" pro Parteisympathie ausgewiesen:

Tabelle 3 - Prozentanteil "Beste Option" nach Parteisympathie

	GPS	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Partei-lose
Inland-Regulierung Energiepolitik	13.3	7.5	11.1	12.0	22.2	38.0	36.0
Energiezusammenarbeit mit WTO	20.6	12.2	27.4	21.2	20.7	14.7	17.6
Energieabkommen mit EU	66.1	80.4	61.6	66.9	57.1	47.3	46.4
Autonome Verteidigungskraft	12.6	10.3	9.5	8.8	26.2	51.6	36.0
NATO-Kooperation	13.9	26.3	22.6	29.3	18.9	7.8	15.3
Europäische Sicherheitszusammenarbeit	73.5	63.3	68.0	61.9	54.9	40.6	48.7
Nationaler Arbeitsmarkt	34.6	23.8	37.4	48.1	40.8	57.6	55.2
Weltweiter Arbeitsmarkt	15.4	27.3	17.4	12.8	22.4	12.6	15.7
Europaweiter Arbeitsmarkt	49.9	48.9	45.1	39.0	36.7	29.8	29.1
Ausbildung - Keine grenzüberschreitenden Kooperationsprogramme	3.9	0.0	2.6	0.4	1.2	6.3	9.6
Ausbildung - Weltweite Kooperation ohne Zugang zu EU-Programmen	15.2	7.1	21.0	21.2	22.9	39.0	24.3
Ausbildung-Kooperation mit EU	80.8	92.9	76.4	78.4	75.9	54.7	66.0
Zugang EU-Binnenmarkt mit Freihandelsabkommen	30.3	20.8	27.5	30.1	39.9	53.1	39.1
Sektorielle Teilnahme am EU-Binnenmarkt	21.9	22.2	26.5	22.5	10.8	25.9	29.2
Uneingeschränkte Teilnahme am EU-Binnenmarkt	47.8	57.1	46.0	47.3	49.3	21.0	31.6
n	**114**	**144**	**63**	**110**	**121**	**213**	**104**

Über alle Parteien hinweg möchten (relative) Mehrheiten mit der EU ein **ENERGIEABKOMMEN** schliessen. Bei der **SICHERHEITSPOLITIK** spricht sich die SVP mehrheitlich für eine autonome Verteidigungskraft aus, während die anderen Parteien mehrheitlich die europäische Sicherheitszusammenarbeit bevorzugen. Ein eigenständiger inländischer **ARBEITSMARKT** ohne internationale Regeln überzeugt (relative) Mehrheiten bei der SVP, FDP, Mitte sowie den Parteilosen, während die anderen Parteien einen europaweiten Arbeitsmarkt mit Minimalstandards bevorzugen. Bei der **AUSBILDUNG** ist der Konsens parteiübergreifend und bei den Parteiungebundenen vorhanden, da alle im Bereich der Forschung, Bildung und Innovation mit der EU kooperieren und an ihren Programmen teilnehmen wollen. Beim **MARKTZUGANG** kommt es zu einem Schulterschluss der SVP mit den Parteiungebundenen, da beide Lager (relativ) mehrheitlich die Freihandelsabkommen bevorzugen. Die anderen Parteilager stehen mehrheitlich hinter der uneingeschränkten Teilnahme am EU-Binnenmarkt.

Tabelle vier zeigt die Unterschiede zwischen den Altersgruppen beim Entscheidungsexperiment:

Tabelle 4 - Prozentanteil "Beste Option" nach Altersgruppe

	18- bis 39-Jährige	40- 64-Jährige	65 Jahre und älter
Inland-Regulierung Energiepolitik	21.1	27.6	13.8
Energiezusammen-arbeit mit WTO	19.2	18.5	15.4
Energieabkommen mit EU	59.7	53.9	70.8
Autonome Verteidigungskraft	28.3	28.3	19.6
NATO-Kooperation	21.3	13.7	20.6
Europäische Sicherheitszusam-menarbeit	50.4	58.0	59.8
Nationaler Arbeitsmarkt	41.5	47.6	36.3
Weltweiter Arbeitsmarkt	18.1	17.2	19.4
Europaweiter Arbeitsmarkt	40.5	35.2	44.3
Ausbildung - Keine grenzüber-schreitenden Kooperationspro-gramme	2.6	4.3	3.2
Ausbildung - Weltweite Kooperation ohne Zugang zu EU-Programmen	18.8	30.3	16.5
Ausbildung-Kooperation mit EU	78.7	65.4	80.2
Zugang EU-Binnenmarkt mit Freihandelsabkommen	28.2	42.1	37.8
Sektorielle Teilnahme am EU-Binnenmarkt	22.0	29.8	13.5
Uneingeschränkte Teilnahme am EU-Binnenmarkt	49.7	28.1	48.7
n	**315**	**426**	**269**

In der **ENERGIEPOLITIK** sprechen sich in allen Altersgruppen absolute Mehrheiten für ein Energieabkommen mit der EU aus. Im Bereich der **SICHERHEITSPOLITIK** ist der Konsens zwischen den Alterskohorten ebenfalls vorhanden, da sich alle mehrheitlich für die europäische Sicherheitszusammenarbeit aussprechen. Beim **ARBEITSMARKT** gibt es erste Unterschiede: Während die Stimmberechtigten über 65 relativ mehrheitlich einen europaweiten Arbeitsmarkt unterstützen, empfinden relative Mehrheiten in den anderen Altersgruppen den eigenständigen nationalen Arbeitsmarkt als die beste Option. Im **BILDUNGS- UND FORSCHUNGSBEREICH** hingegen herrscht wieder altersübergreifende Einigkeit: Eine Kooperation mit der EU sowie Teilnahme an ihren Programmen erscheint absoluten Mehrheiten die beste Option zu sein. Beim **MARKTZUGANG** bevorzugen die 18- bis 36-Jährigen sowie die über 65-Jährigen die uneingeschränkte Teilnahme am EU-Binnenmarkt, während die mittlere Alterskohorte die Freihandelsabkommen als bestmögliche Option wahrnimmt.

2.5 Argumente

Bei den Aussagen zur Europäischen Union vermögen fast alle Statements absolute Mehrheiten zu überzeugen:

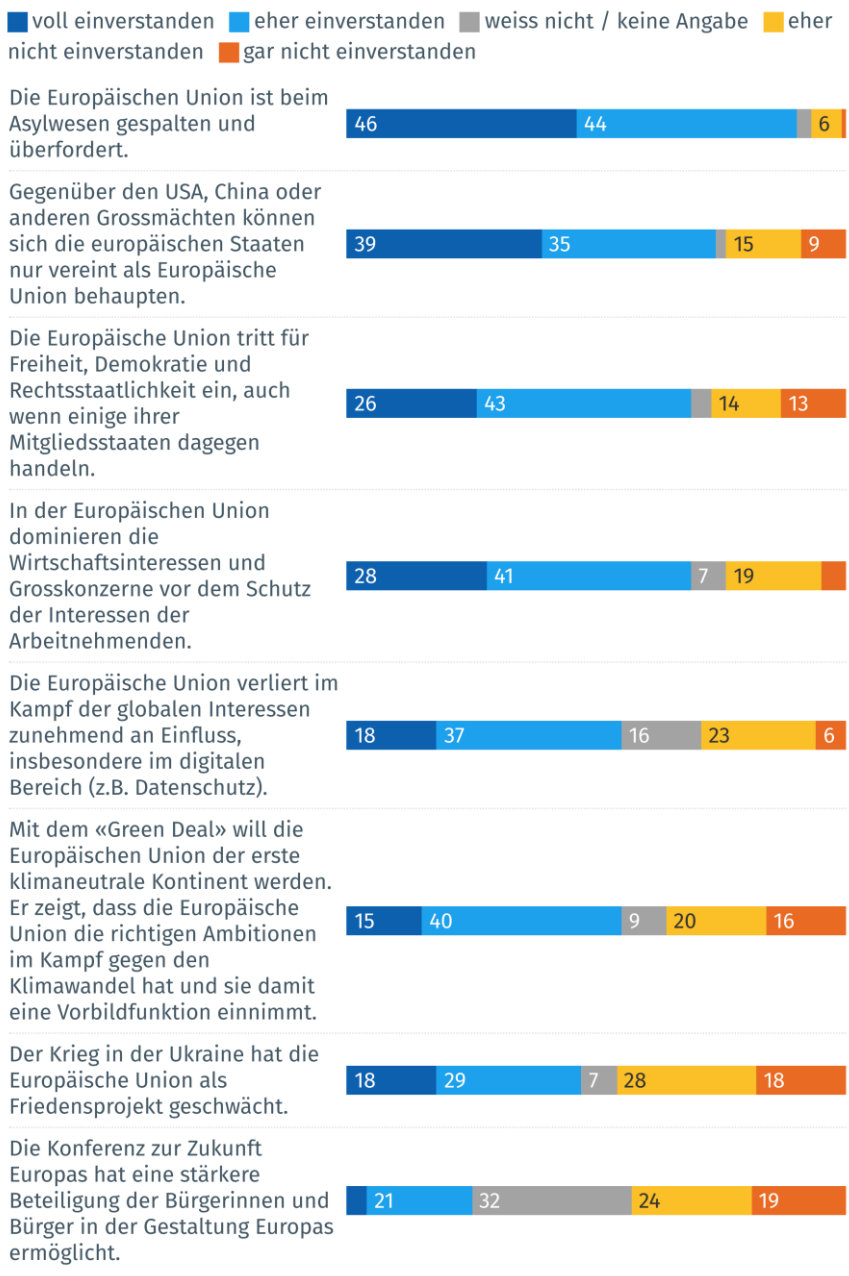
Grafik 21

Einverständnis mit Aussagen über EU

Wir haben hier einige Aussagen über die Europäische Union. Sagen Sie uns bitte, wie Sie diese bewerten.

in % Stimmberechtigte

Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

In den Top 3 finden sich die Aussagen, dass die EU in Asylfragen gespalten ist (90% eher/voll einverstanden), dass sich die Schweiz nur zusammen mit der EU gegenüber den

anderen Grossmächten behaupten kann (74%) und dass sich die EU für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzt, auch wenn dies nicht von allen Mitgliedsländern mitgetragen wird (69%). Im Mittelfeld finden sich die Statements zu den dominierenden Wirtschaftsinteressen (69%), zum Einflussverlust der EU im Kampf der globalen Interessen (55%) und zum "Green Deal" der EU (55%). Die Schwächung der EU als Friedensprojekt durch den Ukrainekrieg polarisiert die Stimmbürgerschaft praktisch: 47 Prozent sind mit dieser Aussage mehr oder weniger dezidiert einverstanden, während 46 Prozent damit nicht einverstanden sind. Dass die Konferenz zur Zukunft Europas die Bürgerbeteiligung in der Europa-Gestaltung erhöht hat, wird nur von jede:m Vierte:n unterstützt. Dies ist somit die einzige Aussage, welche nicht einmal von einer relativen Mehrheit unterstützt wird. Im Vergleich zu den anderen Statements fällt zudem auf, dass rund ein Drittel der Befragten keine Bewertung abgeben konnten oder wollten.

Bei den Aussagen zur Europapolitik der Schweiz äussert bei sechs von zehn Statements mindestens die Hälfte der Stimmbürger:innen Einverständnis:

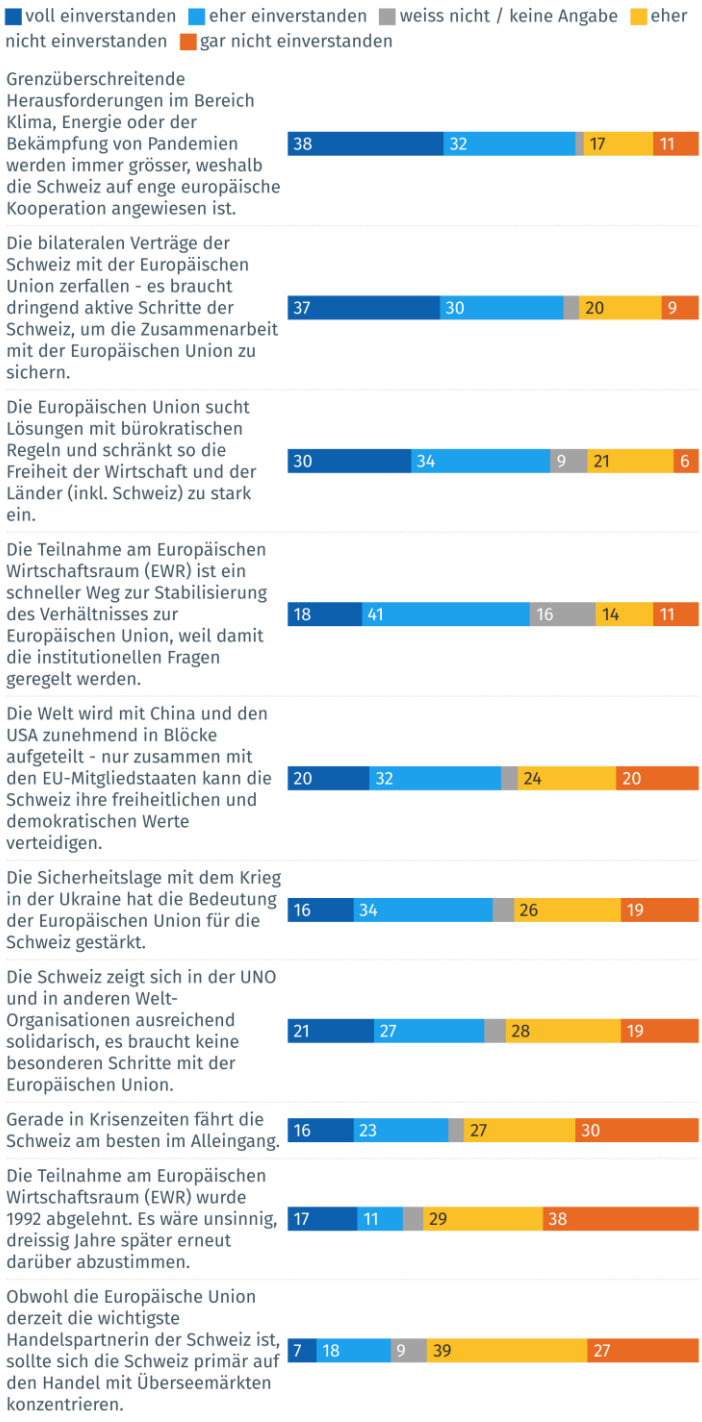
Grafik 22

Einverständnis mit Aussagen über EU-Politik der Schweiz

Wir haben hier einige Argumente rund um die Europapolitik der Schweiz gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte

Mehrfachantworten möglich



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (N=1010)

Am meisten unterstützt werden die Aussagen, dass grenzüberschreitende Herausforderungen Kooperation notwendig machen (70% eher/voll einverstanden), dass aktive Schritte notwendig sind, um die Beziehung zur EU zu stabilisieren (67%) sowie dass die EU bürokratisch die Freiheit der Schweiz einschränkt (64%).

Im Mittelfeld finden sich die Statements, dass ein EWR-Beitritt ein rascher Stabilisierungsweg für die Beziehung mit der EU ist (59%), dass ein Schulterschluss in Europa in Anbetracht der Blockbildung für die Wertevertretung nötig ist (52%) und dass der Ukrainekrieg die Bedeutung der EU für die Schweiz erhöht hat (50%).

Gespalten ist die Stimmbürgerschaft bei der Aussage, dass die Schweiz aufgrund ihres Engagements in anderen Weltorganisationen solidarisch genug ist: 48 Prozent sind damit einverstanden, während 47 Prozent dieses Statement verneinen.

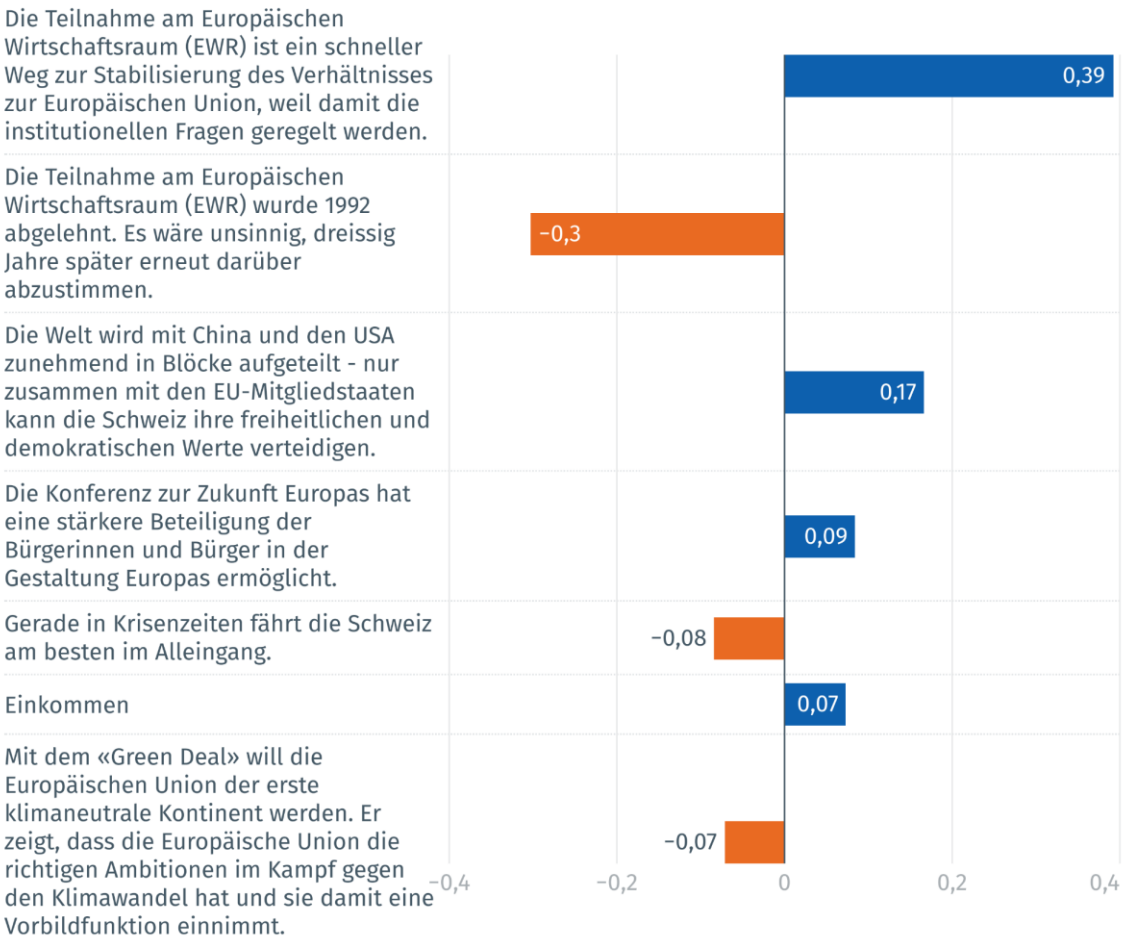
Mehrheitlich abgelehnt werden die Aussagen, dass die Schweiz insbesondere in Krisenzeiten mit dem Alleingang besser dran ist (57% eher/überhaupt nicht einverstanden), dass eine erneute EWR-Abstimmung unsinnig wäre (67%) und dass sich die Schweiz vorwiegend auf die Überseemärkte konzentrieren soll (66%).

Doch welche Argumente sind beim Stimmentscheid zum EWR-Beitritt am einflussreichsten? Stimmbürger:innen, welche es unsinnig finden, erneut darüber abzustimmen, einen Alleingang der Schweiz, insbesondere in Krisenzeiten, befürworten und gegen den "Green Deal" der EU sind, tendieren eher dazu den Beitritt abzulehnen. Eine Befürwortung hingegen wird wahrscheinlich, wenn man darin einen schnellen Weg zur Stabilisierung sieht, in Anbetracht der weltweiten Blockbildung einen Schulterschluss mit der EU als notwendig erachtet sowie sich eine stärkere Bürgerbeteiligung von der "Konferenz zur Zukunft Europas" verspricht und zur einkommensstärkeren Gesellschaftsschicht gehört. Es wird also erkennbar, dass die Entscheidung aktuell zwar noch positiv ist, aber die Diskussion bereits heute stark geprägt wird von der Beurteilung im Jahre 1992, womit eine Polarisierung in der Meinungsbildung zu erwarten ist. Relativierend wirkt sich ebenfalls aus, dass das Wissen zum EWR und den Folgen eines Beitritts aufgrund der geringeren medialen Aufmerksamkeit und Aktualität weniger gefestigt und verbreitet ist. Entwickelt sich eine Diskussion eher um die Nachteile, kann es während dem Abstimmungskampf durchaus zu einer Erosion des Ja-Anteils kommen.

Grafik 23

Stimmabsichten EWR-Beitritt nach Aussagen zur EU, Aussagen zur Schweizerischen Europapolitik und soziodemografischen Variablen

Regressionsmodell Basis: bestimmt Teilnehmende



© gfs.bern, Varianten Europa, Oktober 2022 (n=930), Erklärungsgrad = 59.5%

3 Synthese

Umfragen nehmen Abstimmungsresultate nicht vorweg. Vielmehr gibt es typische Szenarien, wie sich Meinungen entwickeln können. Im Dispositionsansatz werden solche Szenarien vorgestellt. Die hohe Zustimmung für den EWR mag überraschen, spiegelt jedoch auch in anderen Studien erläuterte Präferenzen der Stimmberechtigten. Neu sind die Sicherheitspolitik und die Energiepolitik wichtige Achsen der Diskussion. Auch hier gibt es starke Präferenzen in Richtung institutionelle Anbindung. Allerdings sind die aktuellen Präferenzen nicht gleichzusetzen mit einem finalen Stimmentscheid, der viel stärker unter dem Eindruck einer kontroversen Kampagne gefällt wird.

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:



Die Hälfte der Stimmbürger:innen ist unzufrieden mit der schweizerischen Aussenpolitik. Mit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen ist eine relative Mehrheit nicht einverstanden, und eine absolute Mehrheit ist der Ansicht, dass sich die Beziehung seither verschlechtert hat. Der wichtigste und gleichzeitig dringlichste Schwerpunkt aus Sicht der Stimmbürgerschaft sind stabile Beziehungen zu der Europäischen Union. Jedoch steht dies auch in einem Spannungsfeld, da der zweitdringlichste aussenpolitische Aspekt eine möglichst eigenständige und neutrale Schweiz ist.



Die Bewertung der EU durch die Schweizer Stimmberechtigten fällt weiterhin kritisch aus: Einerseits wird deren Leistung als schlecht bewertet, aber andererseits konnte die EU ihr Ansehen in der Schweiz seit dem Ukrainekrieg verbessern. Gerade im Sicherheitsbereich wünscht man sich eine Kooperation im Rahmen der europäischen Sicherheitszusammenarbeit.



Eine Abstimmung über die zukünftige Beziehung zwischen der Schweiz und der Europäischen Union würde voraussichtlich eine hohe Teilnahme mit sich ziehen. Würde heute schon über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum abgestimmt, würden sich eine Mehrheit dafür aussprechen. Noch stehen bei der Beurteilung des EWR die Vorteile als möglicher Ausweg aus einer europapolitischen Sackgasse im Vordergrund. Eine Polarisierung und damit eine Abnahme der Zustimmung ist im Abstimmungskampf jedoch zu erwarten, weil ein Teil der Meinungen bereits heute durch die Haltung von 1992 geprägt ist.



Die Befürwortung des EWR-Beitritts wird wahrscheinlicher, wenn man darin eine schnelle Stabilisierungsmöglichkeit für die Beziehung zur EU sieht, einen Schulterschluss in Anbetracht der weltweiten Blockbildung für notwendig erachtet, sich allgemein mehr Mitspracherecht im EU-Raum erhofft und das Einkommen im eigenen Haushalt höher ist als im Durchschnitt. Eine Ablehnung wird unterstützt durch die Ansicht, dass man den EWR-Beitritt bereits

abgelehnt hat, die Schweiz vor allem in Krisenzeiten im Alleingang besser dran ist und man sich gegen den "Green Deal" der EU ausspricht.



Beim Entscheidungsexperiment wurde klar, dass neben der stark gewünschten Kooperation im Bereich Ausbildung im aktuellen Kontext auch die Energie und für einen Teil der Befragten die Sicherheit relevante Achsen sind, um enger und institutionalisiert mit der EU zu kooperieren. Die Präferenzen im Bereich Energie und Ausbildung sind dabei weitgehend unabhängig von der individuellen Positionierung auf der Links-Rechts-Achse.

3.1 gfs.bern-Team



LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschafter, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet



ANNICK DORIOT

Junior Projektleiterin, Politikwissenschafterin

✉ annick.doriot@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Abstimmungen, Wahlen, Internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik



MARCO BÜRGI

Junior Projektleiter

✉ marco.buergi@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Abstimmungen. Wahlen, Issue Monitoring, politische Einstellungen



AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschafter

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



SOPHIE SCHÄFER

Praktikantin Data Science und Politikanalyse

✉ sophie.schaefer@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



ROLAND REY

Mitarbeiter Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Institute Member

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.